

Der Armutsbericht ist tot – es lebe die Armutsrechnung!

Armut als Folge der Wirtschaftspolitik

■ Rudolf Martens

Ein immermehriger Blick zurück, eine wohlweislich nicht gehaltene Rede und einige Überlegungen für eine zukünftige Armutsberichterstattung als Armutsrechnung.

Die Armutsberichterstattung ist ein Instrument zur Beschreibung von Armut und sozialer Ausgrenzung anhand von Indikatoren und Statistiken. Neben der Ermittlung von Umfang, Anteilen und Strukturen der Armutsbevölkerung anhand des statistischen Datenmaterials kommen noch Methoden der qualitativen Sozialforschung infrage, um ein möglichst anschauliches Bild von Armut und sozialer Ausgrenzung zu zeichnen.

Ziel dabei ist, die sozialstaatliche Politik zu überprüfen, Probleme und Problemgruppen zu erkennen und sozial adäquate Lösungsmöglichkeiten als Aufgabe der Politik herauszuarbeiten. Armutsberichte einer Landesregierung oder einer Bundesregierung sind in einem politischen Umfeld angesiedelt und haben auch die Funktion, die eigenen politischen Positionen darzustellen und möglichst eine Erfolgsbilanz zu präsentieren.

Armutsberichte sind gefährlich, aber nicht so wie beabsichtigt

Die Diskussion über Armut stellt zugleich die Sozialpolitik auf den Prüfstand: so etwa die »klassische« Ansicht zur Armutsberichterstattung. Die bisherigen Armutsberichte folgten dem unausgesprochenen kommunikationspolitischen Kalkül, durch Darstellung von Armut eine öffentliche Skandalisierung zu erreichen und so politischen Druck zu erzeugen.

Dieses Kalkül ist nicht aufgegangen. Es blieb weitgehend illusionär, dass die vorgebrachten Befunde die politischen Akteure zu einem Einsehen bringen und anschließend zu einem besseren sozialpolitischen Handeln, also zu einem zielgerichteten Handeln der konsequenten Armutsvorbeidung.

Gegenüber der Situation der 1980er Jahre haben wir heute eine umfassende Armutsberichterstattung. Was wir nicht haben, ist ein erkennbarer Einfluss dieser Berichterstattung auf das politische Handeln. Das politische Handeln richtet sich nach wie vor zuerst an anderen Interessen aus und agiert, wenn es sich anbietet, gern auch kontrafaktisch. Bei den Planungen zu den Hartz IV-Gesetzen spielten armutspolitische Überlegungen keine Rolle. Der Paritätische Gesamtverband war im Jahre 2003 die einzige Stimme, die anhand von Modellrechnungen auf die armutspolitischen Konsequenzen einer Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeneveau hinwies. Die vielfach bezeugte Armut in Deutschland teilt das Schicksal vieler Themen: Armut wird hingenommen wie das Waldsterben oder der Anstieg des Meeresspiegels.

Das Problem wachsender Armut wird in Armutsberichten bisheriger Machart soziopolitisch eingetütet und abgelegt. Umso verlockender ist es für einzelne Politiker oder Verbände, Armutsberichte anstelle von Politik zu setzen. Der Armutsbericht, das Thema Armut werden als Deckung benutzt, hinter der man sich verstecken kann, und es fällt weniger auf, wenn man die Interessen derjenigen, für die man angeblich einsteht, nicht vertritt und dafür Armut plakatiert. Armutsberichte ersetzen Politik durch Public Relation. Endgültig »erledigt« wäre das Thema Armut, wenn es die Politik bei einem »Armutsbeauftragten« abladen könnte. Armut bekäme eine administrative Adresse, in der das Thema Armut zuständigkeitshalber entsorgt wird.

Armutsberichterstattung: Das Gewisse noch gewisser machen

Die bisherigen Armutsberichte haben eine Menge an Faktenwissen und Expertisen erbracht. Dazu gehören viele Verfei-

Dr. Rudolf Martens ist Leiter der Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e. V. Er ist Autor des ersten Armutsatlas für die Regionen in Deutschland. Internet <http://www.forschung.paritaet.org>

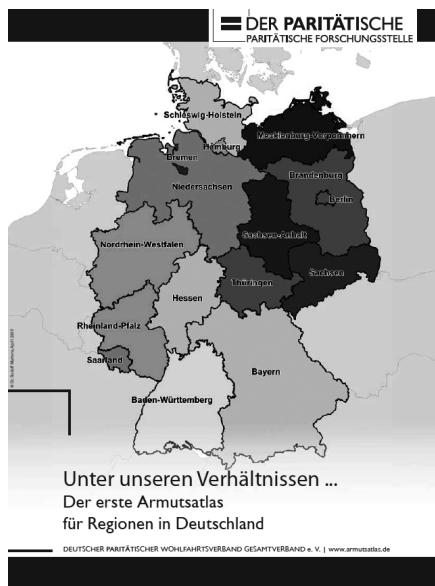
nerungen der Untersuchungsmethoden und Forschungsansätze, die Begleitexpertisen zu den bisherigen drei Amtlichen Armutts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung sind dafür ein eindrucksvolles Beispiel. Die amtlichen Berichte haben insgesamt eine erhebliche Verbesserung der Datenlage und der Kontinuität der Forschung erbracht.

Was bleibt ist das grundsätzliche Problem der Armuttsberichterstattung: Der politische Entscheidungsprozess verläuft nach eigenen Regeln und damit weitgehend selbstständig. Politik wartet zuletzt auf die Fakten in Armuttsberichten. Viel-

atlas der Paritätischen Forschungsstelle, der im Mai 2009 veröffentlicht wurde. Der konsequente Regionalansatz bei der Beschreibung von Armut war eine neuartige Sichtweise, die bereits durch den Neuigkeitswert mediale Beachtung fand. Des weiteren haben die Forschungsergebnisse Befunde geliefert, die dem intuitiven Mainstream-Wissen oder dem gediegenen Meinungswissen widersprechen. Das Ost-West-Gefälle hätte niemanden überrascht, wohl aber die Unterschiede zwischen den Regionen in Westdeutschland bzw. die großen Unterschiede in einzelnen Bundes-

von Bildung, Demographie und befürchteten Wettbewerbsnachteilen der Wirtschaft passten plötzlich Kinder und Armut politisch zusammen. In einer solchen Situation bediente sich die Politik und nahm die Paritätischen Handlungsempfehlungen für eigenständige Kinderregelsätze auf. Hilfreich war dabei sicherlich die avisierte Befas- sungs des Bundesverfassungsgerichtes mit dem Thema Regelsatzhöhe und Kinderregelsätze.

Müssen wir zum Thema Armut alles noch genauer wissen oder wissen wir schon genug? Neue wissenschaftliche For- schungsinstrumente, Erklärungsansätze und Ergebnisse sind und bleiben bedeut- sam. Aber »eigentlich« wissen wir genug, um politisch handeln zu können, wenn es gewollt wäre. Kurz, es hilfe nichts, wenn wir in Sachen Armuttsberichte unbeeind- druckt immer so weiter machen, wie in der Vergangenheit. Die Frage stellt sich nicht nur, sie drängt sich uns auf: Wie werden Armuttsberichte politikfähig?



Der Paritätische Wohlfahrtsverband legte zwanzig Jahre nach seinem ersten Armuttsbericht den ersten Armuttsatlas für Deutschland vor. Das Fazit der Veröf- fentlichung: Die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung lebt unter dem Lebensstan- dard, den das Wirtschaftswachstum ermöglicht hätte.

Internet
<http://www.forschung.paritaet.org/armutsatlas>

mehr besteht eher die Gefahr, dass Einzelergebnisse, die politisch ins Konzept passen, legitimatorisch herausgepickt werden. Mögliche Sichtweisen werden politischerseits formuliert, die nicht direkt den Befunden widersprechen müssen, die aber nicht die einzige mögliche Darstellung der Ergebnisse der Befunde ist.

Neue Armuttsberichte ergeben nicht wirklich Neues, nichts wirklich Überra- schendes. Folglich sind Aktualisierungen in der politischen und fachlichen Öffent- lichkeit dann auch keine wirkliche Über- raschung mehr. Nachhaltige politische Handlungen, die eine Reaktion auf die vorgelegten Ergebnisse einer Vielzahl von Armuttsberichten beruhen, sucht man ver- geblich. Die folgenden zwei vermeint- lichen Gegenbeispiele beschreiben die Ausnahmen, die die bisherige Praxis bestätigen.

- Ein Beispiel, das die Medien aber nicht die Politik erreicht hat, ist der Armutts-

ländern, die Ausmaße erreichen, wie sie zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen. Die sich daran anschließende Medienresonanz war die bislang stärkste, die der Paritätische Gesamtverband seit 1989 erlebte, als er seinen ersten Armuttsbericht veröffentlichte. Durch die regionalisierte Darstellung von Ar- mut im Armuttsatlas waren auch die Landes- und Regionalmedien mit dem Thema befasst.

- Ein wichtiger armutspolitischer Erfolg des Paritätischen betrifft bezeichnenderweise keine Armuttsberichte, son- dern die Expertisen des Paritätischen ab 2004 zur Berechnung und Fort- schreibung der Regelsätze sowie der Entwicklung von Kinderregelsätzen. Aus den armutspolitischen Ansätzen heraus ergab sich eine deutliche Anhe- bung der Regelsätze als Handlungs- empfehlung für die politische Praxis. Im Zusammenhang mit der Diskussion

Kostenrechnung der Armut

Notwendig wäre es, Erscheinungsfor- men von Armut und sozialer Ausgren- zung als Folgen der gegenwärtigen Form des Wirtschaftens und des Wirtschafts- modells Deutschland darzustellen und als Satellitenkonto innerhalb der Volkswirt- schaftlichen Gesamtrechnung aufzufüh- ren. Anders ausgedrückt hieße das, Ar- mut und soziale Ausgrenzung – so wie den CO2-Ausstoß als Folge fehlerhafter Umweltpolitik – als Folge einer bestimmten Wirtschaftspolitik vollständig zu erfassen und zu berechnen.

Sollen Armut und soziale Ausgrenzung als Kosten bestimmt werden, müssen alle Formen relativer Armut im Sozialstaat berücksichtigt werden. Dies umfasst neben dem Einkommen auch die Bereiche Arbeit, Wohnen, Bildung und Ausbil- dung, soziale Integration und Gesund- heit. Solche Kosten lassen sich keineswegs immer beziffern, geeignete statistische Unterlagen und Untersuchungen sind nicht in allen Bereichen vorhanden. Die folgenden Überlegungen können daher nicht vollständig sein, sie sollen vielmehr die Arbeitsfelder dafür abstecken, was künftig zu tun ist. Grundsätzlich sind drei Formen von Kosten von Armut und sozi- aler Ausgrenzung zu unterscheiden:

- Fiskalische und parafiskalische Kosten: Belastung der öffentlichen Haushalte in Form von direkten Transferausgaben und durch verringerte Einnahmen bei Steuern und Sozialabgaben. Betroffen sind alle drei staatlichen Ebenen Bund, Länder und Gemeinden sowie alle Sozialversicherungszweige.
- Gesamtökonomische Kosten: Sogenannte Opportunitätskosten entstehen, denn der wirtschaftliche Nutzen von armen und sozial ausgegrenzten Menschen nimmt ab. Wachstums- und Konsumverluste entstehen, die wiederum Steuern- und Sozialabgaben negativ beeinflussen und damit auf die öffentlichen Haushalte wirken. Allerdings stabilisieren die zur Armutsbekämpfung notwendigen Transferausgaben wiederum das Wirtschaftsgeschehen. Während einer Wirtschaftskrise entfalten die Transfers die Wirkung eines automatischen Stabilisators. (Insofern ist es besonders problematisch, in Krisenzeiten zur vermeintlichen Haushaltssolidarität bei den Transfers zu sparen.)
- Individuelle und soziale Kosten: Neben den unmittelbaren persönlichen Einkommensverlusten ergeben sich noch weitere Kosten. Diese Kosten entstehen beispielsweise durch Verlust beruflicher Kompetenzen, Verlust von sozialem Ansehen, Verlust von Autonomie in den eigenen Angelegenheiten, psychosoziale Belastungen und sozial bedingte Krankheiten. Hierzu gehört auch Verlust an sozialer Gerechtigkeit und Destabilisierung des Systems der sozialen Sicherung und schließlich Verlust an gesellschaftlichem Engagement und Akzeptanz.

Einen Anhaltspunkt für die Kosten der öffentlichen Haushalte und die wirtschaftlichen Kosten von Armut geben uns die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung berechnet hat. Demnach betrugen für 2007 die gesamtfiskalischen Kosten 68 Milliarden Euro, entsprechend 3,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Etwa die Hälfte der Kosten entfiel auf direkte Transferzahlungen und die andere Hälfte auf Mindereinnahmen des Staates und der Sozialversicherungen. Anzumerken ist, dass die Transferzahlungen bei Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit auf das Wirtschaftsgesche-

hen stabilisierend wirken und nicht nur als bloße Kosten zu verbuchen sind.

Das Problem bei der Bezifferung der persönlichen und gesellschaftlichen Kosten ist, dass sie nicht ohne weiteres volkswirtschaftlich zu quantifizieren sind. Hierfür wäre noch einige Grundlagenarbeit zu leisten. Ein gewisser Hinweis ergibt sich aus den sozialen Folgekosten, bei Rehabilitationskosten und wenn das soziale Netz in Anspruch genommen werden muss.

Nicht wählen: der politische Preis für die Armut

Aber: Ist die Armut nicht schon längst im politischen System angekommen? Jeder dritte Wahlberechtigte hat sich bei der letzten Bundestagswahl verweigert und ist in die Partei der Nichtwähler gewechselt; inzwischen die stärkste Partei. Hinter der Durchschnittsbetrachtung verbergen sich große regionale Unterschiede: Regionen mit hoher Armut üben bevorzugt Wahlenthaltung aus. Wenn sich viele Menschen nichts mehr davon versprechen, wählen zu gehen, so schadet dies der Demokratie insgesamt. Denn wie sollen die Interessen dieser Menschen vertreten werden, die offenbar keine Verbesserung ihrer Situation durch Wählen gehen erwarten? Wenn die wirtschaftlichen Interessen dieser Menschen aus dem Blick geraten, schadet dies nicht nur der Volkswirtschaft. Als Wahlenthaltung beschädigt Armut auch die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Armut und das Wirtschaftsmodell Deutschland

Betrachtet man das letzte Jahrzehnt der deutschen Wirtschaftsentwicklung, so springt – im Gegensatz zur Exportentwicklung seit der Jahrtausendwende – die schwache Entwicklung der Binnennachfrage ins Auge. Ganz offensichtlich steht dies im Zusammenhang mit stagnierenden bis sinkenden Real-Löhnen und Real-Renten der letzten Jahre, die die Wettbewerbssituation der deutschen Exportwirtschaft zweifellos gestärkt haben. Dies hat aber zu einer neuen Einkommensverteilung geführt, weg von den Arbeitnehmern hin zu den Gewinneinkommensbeziehern. Viele Akteure haben erwartet,

dass dies – stagnierende Löhne und die damit verbundenen negativen Folgen – gewissermaßen der Preis für eine positive Beschäftigungsentwicklung ist.

Aus Sicht der Beschäftigungsentwicklung und des Binnenkonsums hat sich das deutsche Wirtschaftsmodell der Exportförderung durch Lohnzurückhaltung oder gar Lohnstillstand letztlich nicht ausgezahlt. Lohnzurückhaltung fördert massiv den Exportsektor, führt aber in einem Flächenland wie Deutschland zu einer Schwächung des Konsums und damit der Binnenwirtschaft. Die wirtschaftlichen Zuwächse des Exports reichen offensichtlich nicht aus, um das Zurückbleiben der Binnenwirtschaft – entsprechend dem hohen Gewicht der privaten Nachfrage am Bruttoinlandsprodukt – auszugleichen. Im Ergebnis führt dies zu Wachstumseinbußen und einer Schwächung der Wirtschaft in Deutschland.

Die bisherige wirtschaftspolitische Meinung begrüßt mehrheitlich den (durch Lohnzurückhaltung erkaufen) Exporterfolg Deutschlands. »Exportweltmeister« zu sein gilt als erstrebenswert. Allerdings wird dabei Fußballsport mit Volkswirtschaft verwechselt. Exportweltmeister zu sein, heißt zunächst nichts anderes, als dass eine Volkswirtschaft deutlich mehr Waren und Dienstleistungen exportiert als importiert.

Ein hoher Exportüberschuss hat aber eine fiskalisch unangenehme Konsequenz: So werden die Waren und Dienstleistungen im Inland mit Hilfe gut ausgebildeter Arbeitnehmer und mit Hilfe der inländischen Infrastruktur erzeugt. Die Kosten für die Ausbildung der Arbeitnehmer werden aus deutschen Steuermitteln bezahlt, gleiches gilt für die Finanzierung der Infrastruktur. In das deutsche Steueraufkommen können jedoch grundsätzlich nicht die Mehrwertsteuereinnahmen einfließen, die dem Exportüberschuss entsprechen. Um den Finanzeffekt abzuschätzen, der dabei entsteht, wird als Hilfsgröße eine ausgeglichene Handelsbilanz unterstellt (dies liefe auf ein stärkeres Binnenwachstum hinaus). Unter diesen Voraussetzungen hätte der deutsche Staat im Zeitraum 2000 bis 2007 über ein Mehr an insgesamt 126 Milliarden Euro Steuereinnahmen (Mehrwertsteuer) verfügt.

Die lahrende Binnenkonjunktur hat aber noch weitere schädliche Folgen, die öffentlich bislang noch nicht diskutiert

wurden: Durch die unterschiedliche Verteilung der Exportbranchen, Unternehmen und Betriebsstätten in den Regionen ergeben sich (Wachstums-) Regionen, in denen der wachsende Exportbereich die binnennirtschaftlich ausgerichteten und stagnierenden Bereiche »herausreißt«. Anders in den binnennirtschaftlich ausgerichteten Regionen: Sie bleiben auf den Wachstumsverlusten durch Lohnzurückhaltung sitzen. Anders ausgedrückt, diese Regionen »bezahlen« für den Exporterfolg, der in den anderen Regionen stattfindet.

Im bestehenden Wirtschaftsmodell Deutschland hat die Binnennirtschaft – und damit teilweise auch der Fiskus – mit Wachstumsverlusten für den Exporter-

Jahreswirtschaftsberichtes 2009 wie des Jahresgutachtens 2008/2009 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht viel mehr kommt als ein verhaltes »Weiter wie bisher!«, so sollte die Öffentlichkeit dennoch erwarten können, dass die erwähnten Berichte wenigstens eine vollständige Bilanz der wirtschaftlichen Situation in Deutschland enthalten. Doch auch hier Fehlanzeige: Die möglichen Betroffenen der Reform der vergangenen Jahre sowie die sicher zu erwartende Ausweitung des Personenkreises von Arbeitslosen tauchen allenfalls in beschönigenden Formulierungen auf.

Die Menschen, die von den Reformen am Arbeitsmarkt und in der Rentenversi-

den sich die sozialen Unterschiede weiter vergrößern.

Die bisher bestehende alleinige Deutungshoheit einer modellökonomisch verkürzten und dazu noch neoliberal ideologisierten Beratungswirtschaftswissenschaft verlangt ein Gegengewicht und vor allem eine Korrektur.

Eine nachdrückliche Einbringung der Armutsmessung und der Armut als Satellitenkonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den Datenkranz der Wirtschaftsbegutachtung macht diese erst wirklich zu einer Gesamt-Wirtschaftsbegutachtung. Bei dieser Betrachtung werden die sozialen und finanziellen Folgen sichtbar, die aus politischen Entscheidungen und rechtlichen Normierungen folgen. Erst so können die sozialen Kosten des Wirtschaftens einschließlich der langfristigen menschlichen Potenzialvernutzung bilanziert werden. Und erst so können Krisenrezepte gefunden werden, die Deutschland nicht weiter sozial spalten und die Armut – so die eingestanden romantische Hoffnung – nicht weiter vergrößern.

»Wir wissen genug über Armut, aber wir handeln nicht«

folg bezahlt. Ebenfalls bezahlt haben es die Regionen, die im wesentlichen binnennirtschaftlich ausgerichtet sind. Und trotz »Exportweltmeisterschaft« sind Löhne und teilweise auch Lohnersatzleistungen nicht im gleichen Maße gewachsen. Ganz im Gegenteil: Über viele Jahre hinweg ergaben sich stagnierende Nominallöhne und sinkende Reallöhne.

Es waren wohl die politisch stets präsentierten Exporterfolge und deren verschwiegene Kosten, die eine konsequente Politik der Armutsbekämpfung entbehrlich erscheinen ließen. In Folge davon hat die Politik zur Bekämpfung von Armut kaum Fortschritte gemacht. Im Zeitraum zwischen 2005 und 2008 hat sich die Armutssquote trotz wachsender Wirtschaft nur unwesentlich verändert.

In Wirtschaftsgutachten fehlen die Sozialkosten

Die tiefgreifende Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch nicht ausgestanden. Es handelt sich um eine Strukturkrise von historischer Dimension, die mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 vergleichbar ist. Auch wenn seitens der Autoren des

cherung erfasst wurden, kommen nur indirekt und als sozial- oder wirtschaftspolitische Abstrakte vor. Die persönlichen Kosten, die arbeitslose Menschen oder Menschen unterhalb der »Armutsrisikoschwelle« aufbringen müssen und die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Kosten, spielen in den Berichten kaum eine Rolle. Damit fehlen aber in den bisherigen Wirtschaftsgutachten gewichtige Bereiche einer umfassenden Wirtschaftsbilanz Deutschlands. Wie sollen sich aber aus einer unvollständigen und damit auch unzutreffenden Bilanz wirksame Krisenrezepte ableiten?

Die Folgen sind handgreiflich: Bislang zeigt die Politik keinerlei Neigung, Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Sozialhilfe mit zusätzlicher Kaufkraft auszustatten. Aber gerade hier wäre der Nachfrageeffekt garantiert. Es ist zu befürchten, dass die Masse der Arbeitnehmer als Steuer- und Beitragszahler die Hauptlast der Multimilliarden-Programme zur Stützung der Finanzwirtschaft und zur Konsolidierung der Staatshaushalte tragen wird. Da die Politik gleichzeitig durch Steuererleichterungen auch Hochverdienende und Vermögende von den Kosten der Krise entlasten will, wer-

Resümee

Mit den vorgestellten Befunden stellt sich abschließend die Frage, ob die deutsche Sozial- und Wirtschaftsentwicklung mit ihrer ungelösten Armutssproblematik unausweichlich, gewissermaßen schicksalhaft, vor dem Hintergrund einer globalisierten und finanzgetriebenen Wirtschaft abläuft oder ob andere Entwicklungspfade möglich gewesen wären oder in Zukunft möglich sind.

Ein wirtschaftsgeschichtlicher Rückblick ist für die Beantwortung der aufgeworfenen Frage hilfreich. Schon vor über 30 Jahren begann eine Politik, bei der es galt – neben einer Deregulierung im Finanz- und Arbeitsmarktbereich – Lohnkosten möglichst gering zu halten und die Löhne im unteren Bereich zu spreizen. Internationale Organisationen wie die OECD, der IWF und die Europäische Kommission warben für neoliberalen Reformen nach angelsächsischem Vorbild. Zu denken ist vor allem an das »Lambsdorff-Papier« aus dem Jahre 1982, in der die neoliberalen Choreographie für die deutsche Gesellschaft vorausgedacht wurde. Doch das ist eine andere Geschichte ... ◆

Literatur

Der nicht gehaltene Vortrag ist zahlreichen Publikationen und mancherlei Diskussionen verpflichtet. Im folgenden findet der Leser einiges an Literatur.

Bofinger, Peter (2008): Das Jahrzehnt der Entstaatlichung. In: WSI Mitteilungen, Heft 7/2008, S. 351-357.

Bourcade, Kay und Huster, Ernst-Ulrich (2009): Der Armutsdiskurs in Europa 1970-2010. Maß, Ausmaß und Perspektiven der Armut. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, Heft 4/2009, S. 4-21.

Bundeskonsumentenamt für Wirtschaft und Technologie (Hg.) (2009): Erstellung eines Satellitenkontos für die Gesundheitswirtschaft in Deutschland. Forschungsprojekt im Auftrag des BMWi, Berlin.

Cremer, Georg (2009): Gefährdete Nachhaltigkeit. Folgen der Finanzmarktkrise für die Arbeit der Caritas. In: Herder-Korrespondenz. Monatshefte für Religion und Gesellschaft, Heft 9/2009, S. 460-464.

Deutscher Gewerkschaftsbund und Paritätischer Wohlfahrtsverband (1994): Armut in Deutschland. Rowohlt Taschenbuch Verlag., Reinbek.

Dullien, Sebastian; Herr, Hansjörg und Kellermann, Christian (2009): Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste. transcript Verlag, Bielefeld.

Flassbeck, Heiner und Spiecker, Friederike (2007): Das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen. Westend Verlag, Frankfurt am Main. Gerstlberger, Wolfgang und Siegl, Michael (2009): Öffentliche Dienstleistungen: unverzichtbarer Baustein der Daseinsvorsorge! Zwei Jahrzehnte Privatisierung: Bilanz und Ausblick (Memorandum des Arbeitskreises Dienstleistungen). Friedrich-Ebert-Stiftung (WISO Diskurs, Heft Juni 2009), Bonn.

Goeschel, Albrecht (2007): Export-Terror gegen den Sozialstaat: Wirtschaftskonzept des politischen Systems zerstört soziale Ordnung in Deutschland. In: Gesundheitspolitik, Management, Ökonomie, Heft 3/2007, S. 69-72.

Goeschel, Albrecht (2008): In der Krise wird Armutspolitik zur Wirtschaftspolitik: Strategische Herausforderungen für die Verbände des Sozialen und der Wohlfahrt. In: Gesundheitspolitik, Management, Ökonomie, Heft 4/2008, S. 81-83.

Goeschel, Albrecht (2009): Mehrwertsteuer-Lücke und Export-Meisterschaft: Gesamtwirtschaftliche und armutspolitische Anmerkungen zur Mehrwertsteuer-Debatte. AWO-Landesverband Bayern (Hg.), Juli 2009.

Hagemann, Harald; Gustav Horn und Hans-Jürgen Krupp (Hg.) (2008): Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Festschrift für Jürgen Kromphardt, Schriften der Keynes-Gesellschaft Bd. 1, Metropolis Verlag, Marburg.

Hirschel, Dirk und Stuber, Martin (2008): »Made in Germany« im Griff der Finanzmärkte. In: Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Festschrift für Jürgen Kromphardt, Schriften der Keynes-Gesellschaft Bd. 1, Hagemann, Harald; Gustav Horn und Hans-Jürgen Krupp (Hg.), S. 271-289.

Joebges, Heike; Schmalzbauer, Andreas und Zwiener, Rudolf (2009): Der Preis für den Exportweltmeister Deutschland: Reallohnrückgang und geringes Wirtschaftswachstum. IMK Studies, 4/2009.

Jaeger, Carlo C. et al. (2009): Wege aus der Wachstumskrise. ECF European Climate Forum (Studie für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit), Potsdam. Krugmann, Paul (2008): Nach Bush. Das Ende der Konservativen und die Stunde der Demokraten. Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe Bd. 743), Bonn.

Martens, Rudolf (2008): Zur Bestimmung eines bedarfsgerechten Existenzminimums für Kinder nach dem Statistikmodell gemäß § 28 SGB XII (Sozialhilfe). In: Was Kinder brauchen ... Für eine offene Diskussion über das Existenzminimum für Kinder nach dem Statistikmodell gemäß § 28 SGB XII (Sozialhilfe), Der Paritätische Gesamtverband (Hg.), Berlin.

Martens, Rudolf (2009): Existenzminimum: Wachstumsfaktor und Wagnisversicherung. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Heft 1/2009, S. 81-91.

Martens, Rudolf (2009): Unter unseren Verhältnissen ... Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland. Der Paritätische Gesamtverband, Berlin.

Paritätischer Wohlfahrtsverband (1989): »... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land ...«. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 11+12/1989, S. 269-348.

Posen, Adam S. (2007): Exportweltmeister – na und? Bessere Ziele für die Außenwirtschaftspolitik. In: Aufschwung für Deutschland, Schettkat, Ronald und Langkau, Jochem (Hg.), S. 165-193.

Schäfer, Armin (2008): Krisentheorien der Demokratie. Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postmoderne. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, MPIfG Diskussion Paper 08/10, Köln.

Schettkat, Ronald und Langkau, Jochem (Hg.) (2007): Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik. Dietz Verlag, Bonn.

Schneider, Ulrich (1993): Solidarpakt gegen die Schwachen. Der Rückzug des Staates aus der Sozialpolitik. Droemer Knaur Verlag, München

Schwarz, Norbert (2008): Einkommensentwicklung in Deutschland. Konzepte und Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Wirtschaft und Statistik, 3/2008, S. 197-206.

Sinn, Hans-Werner (1988): Gedanken zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Versicherungswesens. Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, 1988/1, S. 1-27.

Solow, Robert M. (2007): Die Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden. In: Aufschwung für Deutschland, Schettkat, Ronald und Langkau, Jochem (Hg.), S. 35-47.

VdK NRW (2009): IV. Soziales Forum des VdK NRW diskutiert Alterssicherung. Realwirtschaft: Die Altersrenten kommen nicht aus dem Finanzkasino. In: Sozialrecht+Praxis, 11/2009, S. 699-704.

Wingerter, Christian (2009): Der Wandel der Erwerbsformen und seine Bedeutung für die Einkommenssituation Erwerbstätiger. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/2009, S. 1080-1098.

Wyplosz, Charles (2007): Deutschland in der Währungsunion. In: Aufschwung für Deutschland, Schettkat, Ronald und Langkau, Jochem (Hg.), S. 81-104.